

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

22.10.1927 (No. 246)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postkontokonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 C. A. M. e. n. d.
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Konturverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Die Warnung des Reparationsagenten

Die Öffentlichkeit ist gestern durch die Meldung überrascht worden, daß der Agent für Reparationszahlungen faktisch ein ernstes Schreiben an die Reichsregierung gerichtet hat, und daß dieses Schreiben, wenn es auch einen formellen Protest noch nicht enthält, doch eine außerordentlich schwerwiegende Warnung bedeutet, eine Warnung, welcher der regelrechte Einspruch in Kürze auf dem Fuß folgen könnte, wenn sie nicht beachtet wird. Barker Gilbert bespricht in seinem Schriftstück die finanziellen Auswirkungen der Beamtensoldatenerhöhung, des Reichsschulgesetzes und des Kriegsschadenschulgesetzes und erklärt rund heraus, daß der Stand der Reichsfinanzen eine Dauerbelastung, wie sie sich aus diesen Gesetzen zusammen ergeben würde, nicht vertrage. Es brauche nur irgend eine ungünstige Wendung in der wirtschaftlichen Entwicklung erfolgen, und dann müßte die Einführung neuer Steuern notwendig werden, und das würde die Sicherheiten für die Reparationsleistungen unter Umständen in Mitleidenschaft ziehen. Die Bedenken des Agenten beziehen sich also nicht auf die Einzelheiten der Besoldungsreform, sondern darauf, daß Besoldungsreform, Reichsschulgesetz und Kriegsschadenschulgesetz eine finanzielle Mehrbelastung ergeben müßten, die so groß ist, daß sie auf die Dauer ohne neue Steuern nicht ertragen werden kann. Derartige neue Steuern wären aber nach der Ansicht des Reparationsagenten geeignet, die Solvenz Deutschlands seinen Gläubigern gegenüber in empfindlicher Weise einzuschränken. Es ist bedauerlich, daß ein Ausländer sich in der Form einer Warnung, deren Bedeutung wir schon aus politischen Gründen nicht ignorieren dürfen, auf Tatsachen aufmerksam macht, die wir uns eigentlich ganz gut hätten selbst sagen können. Für die Finanzpolitik des Reiches enthält das Schreiben Barker Gilberts jedenfalls einen offenkundigen Tadel. Dieser Tadel befaßt seinem Sinne nach, daß das Reich es unterlassen hat, bei seinen gesetzgeberischen Maßnahmen, soweit sie neue Ausgaben mit sich bringen, auch die Frage zu prüfen, ob denn für diese Ausgaben die nötige Deckung vorhanden bzw. fest zu erwarten ist. Aus außenpolitischen Gründen (Dawesabkommen) und aus innenpolitischen Gründen (Aufrechterhaltung einer gesunden Finanzwirtschaft haben für uns die beiden folgenden Grundsätze immer noch zwingende Kraft: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ und „Keine Lohnerhöhung und Gehaltserhöhung ohne Steigerung der Leistungen“.

Hätte man die berechtigten Forderungen einzelner Kategorien der Beamtenschaft rechtzeitig, also etwa schon in den Jahren 1925 und 1926 erfüllt, so wäre man um eine umfassende Besoldungsreform herumgekommen. So, wie die Dinge jetzt liegen, ist niemandem gedient. Den Beamten nicht, da die Besoldungsreform durch das Schreiben des Reparationsagenten geradezu in Frage gestellt worden ist, der Reichsregierung nicht, da sie sich vor eine sehr ernste Kritik stellt, den Ländern und Gemeinden nicht, da sie über die Besoldungsreform, d. h. über die Deckungsfrage, mit dem Reich in Konflikt geraten müßten, und unserer Außenpolitik nicht, da sie durch alle diese Vorkommnisse sicherlich nicht erleichtert wird. Bei alledem sehen wir von den Rückwirkungen, welche die Kritik auf die innere Politik parteipolitisch und sozialpolitisch haben kann, einstweilen noch ganz ab.

Tatsache ist jedenfalls, daß die Besoldungsreform das Verlangen nach Lohnerhöhungen bei der Arbeitererschaft hervorgerufen hat. Der Riesenstreik im Braunkohlenrevier scheint nun beendet. Es sind durch den Schlichter Lohnerhöhungen in der ungefähren Höhe von 10 Proz. bewilligt worden. Wenn die Braunkohlenwirtschaft diese Erhöhung ohne gleichzeitige Erhöhung der Preise für das Produkt tragen kann, dann ist es ja gut. Wenn nicht, dann stehen wir vor neuen Verteuerungen. Einstweilen ist ja die Situation — das muß immer wieder betont werden — so beschaffen, daß von einem allgemeinen Anziehen der Lebensmittelpreise nicht gesprochen werden kann. Einzelne Lebensmittel sind im Preis gestiegen, dafür sind wieder andere, nicht minder wichtige, im Preis gefallen. Was das Braunkohlenrevier betrifft, bestanden dort insofern Ausnahmeverhältnisse, als die Arbeiterschaft auch nach dem Urteil der Arbeitgeber die am schlechtesten bezahlte in ganz Deutschland war.

Wie gemeldet wird, soll heute eine Besprechung zwischen dem Reparationsagenten und dem Reichsfinanzminister stattfinden. Es wäre ja möglich, daß es dem

Berliner Tagesbericht

Das Echo der Rede Dr. Köhlers — Scharfe Kritik von allen Seiten — Der Schritt des Generalagenten — Ein Akt der Unfreundlichkeit — Opposition im Zentrum gegen Dr. Köhler
 (Eigener Bericht der „Karlsruher Zeitung“)
 M. Berlin, 22. Okt. (Priv.-Tel.)

Das Echo, das die Rede des Reichsfinanzministers im Reichstag zur Besoldungsreform in der Presse gefunden hat, ist außergewöhnlich schlecht. Wenn man von der „Germania“ abliest, die als Parteorgan des Zentrums eine sehr vorzügliche Zurückhaltung zeigt, kann man beinahe eine Übereinstimmung von rechts und links feststellen. Die schärfsten Angriffe richten nicht einmal die Blätter der Opposition, sondern die „Deutsche Tageszeitung“, also ein deutschnationales Blatt, gegen den Minister. Auch der Berliner „Kosmos“ ist sehr unfreundlich, wobei man allerdings eines berücksichtigen muß: Die Eugenbergsche Kampftendenz von Anfang an ohne Rücksicht auf die Stellung der Partei gegen das Dawesabkommen und glaubte jetzt in dem Vorgehen des Generalagenten eine restlose Bestätigung ihrer Haltung zu sehen. Sie macht der gesamten Regierung, sowohl der jetzigen, wie den früheren Reichsregierungen, den Vorwurf, daß sie sich in Illusionen gewiegt haben und vor Optimismus die wirkliche Gefahr verkannt.

Daß in irgendeiner Form der Generalagent Stellung genommen hat, muß als sicher bezeichnet werden, obwohl es gestern durch ein halbamtliches Korrespondenzbüro dementiert worden ist und obwohl man auch heute in den leitenden Stellen noch weiter in dem Abstreiten verharrt. Dabei scheint es sich um Wortspiele zu handeln, denn man sagt, daß kein Schritt vorliege, was immer einen amtlichen und formellen Charakter hat. Mein formell ist das vielleicht richtig, sachlich ist das sicher falsch, denn die Deutsches Reich hat Dr. Köhler schon gestern vorgelesen. Es scheint nur, als ob man sich dahin geeinigt hätte, darauf in der öffentlichen Aussprache nicht einzugehen. Man gibt amtlicherseits zu, daß heute zwischen dem Minister und dem Generalagenten eine Aussprache stattfindet, fügt aber hinzu, daß sie sich auf laufende Angelegenheiten beziehe, worunter man selbstverständlich auch die Finanzgebarung des Deutschen Reiches verstehen muß. Es ist sicher kein Zufall, daß diese Unterredung gerade heute stattfindet.

Die französische Presse von heute früh läßt sich durch ihre Berliner Korrespondenten mitteilen, daß das Eingreifen Gilberts in Berlin geradezu erschütternd gewirkt habe, vor allem aber, weil ein amerikanisches Blatt, die „New York Times“, in der Lage war, diese Meldung schon zu einer Zeit zu veröffentlichen, als man in Berlin noch sicher keine Ahnung hatte. Auch wir sehen darin einen Akt der Unfreundlichkeit, nur ändert das an den Tatsachen gar nichts. Es wäre richtiger gewesen, man hätte das sofort auf deutscher Seite klargestellt. Den Optimismus von Herrn Dr. Köhler, daß er ohne neue Steuern auskommen könne, teilt kein Blatt. Man rechnet ihm vielmehr vor, daß schon die Rücksicht auf die erhöhten Reparationsleistungen, die im nächsten Jahr um 4480 Millionen steigen, den Etat außerordentlich gefährden.

Von Zentrumsseite ist dementiert worden, daß in der Partei ein starkes Misstrauen gegen den Minister herrsche. Das „Berliner Tageblatt“ hält demgegenüber seine Behauptungen aufrecht und nennt als Wortführer der Opposition gegen Köhler Dr. Imbusch und Giesberts, also zwei Männer der Gewerkschaften. Wir glauben sagen zu können, daß diese Behauptung richtig ist, und daß gestern nach der Rede des Ministers sogar noch eine Verschärfung des Konflikt eingetreten ist.

Minister gelingt, die Bedenken Barker Gilberts zu zerstreuen. Wir glauben, offen gestanden, nicht recht daran. Denn die neuen Belastungen, die in der Summe einen gewaltigen Betrag ausmachen, sind ja nicht wegzuleugnen.

Die Länder haben alle Veranlassung, der Entwicklung der Dinge die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Nach dem Schreiben des Reparationsagenten muß die vom Reich so oft ausgesprochene Mahnung, die Länder und die Gemeinden möchten sorgfältiger wirtschaften und nicht so großzügig Ausgaben beschließen, in einem recht merkwürdigen Licht erscheinen. Siderlich ist es richtig, daß allenthalben noch Ersparnisse gemacht werden könnten. Wir haben aber schon neulich an dieser Stelle dem Bunsche Ausdruck gegeben, daß dabei derjenige Teil, der der stärkste und einflussreichste ist, das Reich, mit gutem Beispiel vorangehen möge. Das gilt nicht nur

für die Reichsregierung, soweit sie neue Ausgaben dekretiert, das gilt ebenso sehr auch für die Behörden- und Verwaltungsorganisation. Geseht den Fall, es würde einmal ein Sparkommissar mit diktatorischer Vollmacht für das Reich ernannt, dann würde er mit seinen Sparmaßnahmen höchstwahrscheinlich so lange und so gründlich zu tun haben, daß das Gerede über den Einheitsstaat fürs erste ganz aus der Debatte verschwände, — weil man in Berlin dann ganz andere und wichtigere Sorgen hätte.

Schiedsspruch im Braunkohlenbergbau

Zur Beilegung des Arbeitsstreites im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat am Freitag die Schlichtungskammer in Berlin nach zweitägigen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern einen Schiedsspruch gefällt, durch den der tarifliche Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft im Revier von Tage der Wiederaufnahme der Arbeit ab von 5,20 RM auf 5,30 RM erhöht wird. Die Lohnregelung kann erstmalig zum 31. August 1928 geltend gemacht werden. Die Parteien haben sich bis zum heutigen Samstag, nachmittags 4 Uhr, über die Annahme des Schiedsspruches zu erklären, über die Wiederaufnahme der Arbeit und die Wiedereinstellung der Arbeiter haben die Parteien vor der Schlichtungskammer eine Vereinbarung abgeschlossen. In der Begründung des Schiedsspruches hat der Schlichter ausgeführt, daß die Tariflöhne im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau seit dem 1. November 1926 unverändert geblieben seien, während sie in anderen Bergbaurevieren in der Zwischenzeit eine Steigerung erfahren hätten, daß ferner die Tariflöhne anderer Berufsgruppen im mitteldeutschen Gebiet zum Teil nicht unerheblich über den bisherigen Tariflöhnen der Bergarbeiter lägen.

Ablehnende Haltung beider Parteien

M. Berlin, den 22. Okt. (Priv.-Tel.) Wie der Reichsarbeitsminister in der heutigen Reichstagsdebatte mitteilte, ist der Schiedsspruch noch nicht angenommen worden, womit gewisse Gerüchte bestätigt werden, die von einer Ablehnung durch beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sprechen. Da aber beide Parteien sich gestern dahin geeinigt haben, die Richtlinien für die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag festzulegen, glaubt der Minister, daß die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches ohne weiteres zur Wiederaufnahme der Arbeit führen wird, daß man also im Grund genommen auf beiden Seiten die Verantwortung einfach dem Reichsarbeitsminister anferlegen möchte.

Der Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau hat den gestern gefällten Schiedsspruch jedoch abgelehnt. — Bei einer Verbindlichkeitsklärung ist mit einem neuen Antrag auf Preiserhöhung zu rechnen.

Eröffnung der Werkstoffschau in Berlin

In dem prächtig geschmückten Festsaal der neuen Autohalle zu Berlin wurde heute, Samstag vormittag 11 Uhr, die Werkstoffschau feierlich eröffnet. Zahlreiche Mitglieder der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, führende Männer aus Industrie und Handel, deutscher und ausländischer technisch-wissenschaftlicher Verbände sowie in- und ausländische Journalisten waren anwesend. Besonders zahlreich waren die skandinavischen Staaten vertreten, darunter auch die schwedische Ingenieurakademie.

Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende des Vereins Deutscher Ingenieure in Essen, Dr. Wendt. Hierauf ergriff Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius das Wort. Die Werkstoffschau umfasse drei große Gruppen: Stahl und Eisen, Nichtmetalle und elektrotechnische Isolierstoffe. Im Mittelpunkt der Schau stehen die Werkstoffprüfungen, die in eindrucksvoller Weise zeigen, welche Fortschritte gerade auf diesem Gebiete in Deutschland gemacht worden sind. Die wissenschaftliche Schau sei mit einer groß angelegten Tagung verbunden, die weit über 200 Vorträge auf den verschiedenen Fachgebieten darbiete. Planmäßige Verteilung der Reden auf dem Gebiete der Stoffwirtschaft werde von nun an eine der Hauptaufgaben unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues sein.

Hessische Landtagswahl am 13. November

Nachdem der hessische Staatsgerichtshof die Beschwerde der Wirtschaftspartei über die neuen gegen die Splitterparteien gerichteten Bestimmungen des Wahlrechts abgelehnt hat, ist die Veranlassung entstanden, das Reichsgericht könne der Beschwerde Recht geben und dadurch nachträglich die für den 13. November anberaumten Landtagswahlen für ungültig erklären. Der Ältestenrat des Landtages hat jedoch nahezu einstimmig beschlossen, an der Rechtsgültigkeit der neuen Wahlbestimmungen festzuhalten und es auch bei dem Wahltermin am 13. November zu belassen. Die Regierung erklärte sich hiermit einverstanden.

Der bevorstehende Wahlkampf dürfte diesmal besonders scharf werden. Alle größeren Parteien haben sich ihrer bedeutendsten Sprecher verpflichtet.

Die Mandatskommission des Reichsbundes wird am Montag in Genf zu ihrer 12. Session zusammentreten, die unter dem Vorsitz von Theodor, Italien, stehen wird. Auf der Tagesordnung stehen die Prüfung der Jahresberichte der Mandatsmächte, Begutachtung einiger Eingaben. Zum ersten Male nimmt an den Arbeiten der Kommission das kürzlich bezeichnete neue Mitglied Kasel, Deutschland, teil.

Aus der Landeshauptstadt

Umwandlung deutscher Fernschnellzüge in Pullmanzüge. Nach dem Muster der neuen Gotthard-Pullmanzüge ist für den kommenden Sommer im deutschen Nord-Südverkehr die Umwandlung des Fernschnellzugpaars D 163/164 **Holland-Rhein-Mannheim-Karlsruhe-Basel-Schweiz** ebenfalls in Pullmanzüge vorgesehen. Die Züge, die in diesem Jahre erstmals mit den Berlin-Basel FD-Zügen 5/6 südlich Heidelberg zusammen gefahren wurden, sollen im nächsten Jahre erheblich beschleunigt werden, um die Schweizer Anschlüsse zu verbessern. Ob sich dabei die jetzige Vereinigung der Hollandzüge mit den Berliner Flügelzügen, die diesen Sommer infolge der Zugkomposition zu Verspätungen geführt hat, aufrecht erhalten läßt, steht noch dahin.

Colosseum-Theater Karlsruhe. Direktor Rittner ist es gelungen, für die Eröffnung des Colosseumtheaters sich die Aufführung einer großen Revue zu sichern. Als Träger der Hauptrollen gelang es, die Berliner Rundfunkängerin Gertha Löwe, die Nachtigall des deutschen Theaters und die mondäne nordische Diva Astrid Rissen zu verpflichten. Die Künstlerinnen sind auch den Karlsruhern noch in bester Erinnerung von ihrem Gastspiel mit der Revue „Die bunte Däse“. Die Conference hat wieder Walter Riene übernommen und als Komiker erscheint wieder Fritz Randow. Dieses Ensemble wird bereichert durch den Operettentenor Hermann Buchardt und einen der bekanntesten Tanztänzer, sowie die drahtische Soubrette Eva Maria Martin u. a. m. Selbstverständlich fehlt nicht das große Ballett, sowie die 12 englischen Girls.

Wer hat das Fahrrad verkauft? In einer Kirchendiebstahlsache wurde eine neues Herrenfahrrad „Marke Phoenix, Nr. 67 259“ zurückgelassen. Das Badische Landespolizeiamt (Bezirksamtgebäude, Zimmer 70) bittet um Mitteilung, welches Fahrradgeschäft dieses Rad verkauft hat.

Badisches Landestheater. Molnars Lustspiel-„Aneldote „Spiel im Schloß“ geht Sonntag, den 23. Oktober im Konzerthaus erstmalig in Szene. Neben den von Torsten Segt neuentworfenen Bühnenbildern, ist für diese Aufführung noch eine besondere Einrichtung getroffen, um für diese leichte Improvisation den geeigneten Rahmen zu schaffen und dem Werk die würdige Stimmung eines Kammerstückes zu geben. Es ist durch Verlegung des Souffleurkastens in den Dreißtervorbau eine beträchtliche Spielfläche auf der Bühne gewonnen worden, die Bühne mit Zuschauertraum in innigeren Kontakt bringt, wodurch man sich gerade für dieses leichte Konversationsstück einen Erfolg verspricht. Die Rollen sind wie folgt besetzt: Das Schriftstellerpaar Korth und Manft spielen die Herren v. d. Trend und Brand, den Komponisten Adam Waldemar Leitgeb, den Hofschauspieler Hugo Bauer, den Sekretär Herr Gemmede, den Lakai Herr Prüiter. Die Frauenrolle der Operettendiva wird von Fräulein Hilde Biller verkörpert. Inszenierung: Eugen Schulz-Weiden.

Badische Kunstlotterie. Zur Badenstadt Lotterieterrasse (vormalig der bekannte badische Maler Prof. Walter Gatz (Malerei-Klasse der Badischen Landeskunstschule Karlsruhe). Damit die große Schaffenskraft junger, talentvoller Künstler nicht durch täglich zunehmende Erstlingsfragen erdrückt wird, sollte jeder das Unternehmen der Badischen Kunstlotterie (Geschäftsstelle Karlsruhe, Baumtellerstraße 56) unterstützen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Auch gestern hatte Baden zeitweise heiteres und trockenes Wetter. Ein Randwirbel der neuen ozeanischen Zirkulation hat bereits England erreicht. Ein breites Regengebiet überdeckt England und ganz Westfrankreich und wird auch Baden streifen. Die Witterung der nächsten Tage wird voraussichtlich vollkommen unter dem Einfluß dieser neuen Zirkulation stehen. Voraussichtliche Witterung für Sonntag: mildes, trübes und meist regnerisches Wetter, zeitweise auffrischende westliche bis südliche Winde.

RESIDENZ-LICHTSPIELE
Waldstraße Telefon 511
METROPOLIS

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Oberschöflenz (Amt Laubersbühl), 22. Okt. Der älteste Altbürgermeister des Bezirkes Mosbach ist Andreas Knecht, der trotz seiner 83 Jahre in völliger geistiger und körperlicher Gesundheit seine bürgerlichen Geschäfte versieht. 45 Jahre lang hatte er die Geschäfte des hiesigen Ortes geleitet.

D3. Freiburg i. Br., 21. Okt. Die im Dezember v. J. in Dachau bei Müllheim getragenen Messuren Freiburger Studenten hatten im Juli d. J. eine Verhandlung vor dem Amtsgericht Müllheim zur Folge, in der auf Freispruch erkannt worden war, weil den Studenten eine Beteiligung an der Messur nicht nachgewiesen werden konnte. Die Staatsanwaltschaft hatte Berufung gegen dieses Urteil eingelegt, so daß die Sache vor der Strafkammer des Landgerichts Freiburg erneut zur Verhandlung kam. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde jedoch zurückgewiesen und die Kosten der Staatskasse aufgelegt. In der Begründung wurde darauf hingewiesen, daß lediglich den Chargierten ihre Charge nachgewiesen werden konnte, aber keine Beteiligung an der Messur vorlag.

D3. Heidelberg, 21. Okt. Das gegen den Heidelberger Privatdozenten Gumbel schwebende Landesverratsverfahren ist eingestellt worden, da Gumbel nachweisen konnte, daß die von ihm gemachten Angaben über die Schwarze Reichswehr bereits bekannt waren. Dr. Gumbel hat seinen Lehrauftrag wieder verliehen bekommen.

D3. Heidelberg, 20. Okt. Der Inspektor des Heidelberger Stadttheaters, Georg Weder, feiert am 4. November sein 50jähriges Bühnenjubiläum und zugleich seine 50jährige Zugehörigkeit zum Heidelberger Stadttheater.

Börsen und Märkte

Wochenrückblick nach dem Stand vom 20. Oktober. Die Börse lag in dieser Woche allgemein schwach. Das Geschäft war äußerst geringfügig und beschränkte sich auf einige wenige Spezialwerte. Vor allem verstimmt die Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks. Dazu hemmen anhaltende Geldsorgen die Kaufkraft. Die Diskonterhöhung der Reichsbank hat sehr merklich das Kapital von den Effektenbörsen abgelenkt. Aus Anlaß der zahlreichen Auslandsanleihen hatte die Börse mit einer Beflügelung des Geldmarkts gerechnet, doch hat die Devisenpolitik der Reichsbank diese Erwartungen zerstreut. Auch von der Möglichkeit einer neuen Diskonterhöhung war bereits die Rede. Die Folge war eine weitere Senkung der Wertsentur. Für Auslandskäufe ist das Kursniveau immer noch zu hoch. In den wirtschaftlichen Bestimmungen kamen noch solche politischer Art, die hauptsächlich mit der Frage des Finanzausgleichs zusammenhängen.

Am Geldmarkt hat die Anspannung zugenommen. Auch eine Milderung durch die aus den Auslandsanleihen hereinfließenden Devisen ist nicht möglich, da die Reichsbank sich zum Ankauf nicht verstehen will. Die Geldverknappung führte zur Abhebung von außerordentlich hohen Sätzen. So kostete Tagesgeld 7-9 Proz., Monatsgeld 8-9 1/2 Proz. Auch am Privatdiskontmarkt ist die Tendenz nach oben gerichtet und die Sätze wurden auf 6 1/2 Proz. erhöht, so daß die Spanne zum Reichsbankdiskont nurmehr 1/2 Proz. beträgt. Die Reichseinnahmen im ersten Halbjahre zeigen eine günstige Entwicklung. Das bisherige Gesamtaufkommen übersteigt mit 4,115 Milliarden M die Hälfte des Jahreshaushaltssolls von 8,275 Milliarden M um 240 Millionen M. Diese Mehreinnahmen entfallen fast ganz auf Zölle und Verbrauchsabgaben.

Die Produktmärkte hatten im wesentlichen eine festere Reizung und sämtliche Getreidemärkte, mit Ausnahme von Weizen waren stärker gefragt. Roggen war im Preis ziemlich befestigt, während Weizen etwas schwächer war. Die Differenz zwischen beiden ist auf 3 M zusammengekrumpft. **An den Warenmärkten** waren verschiedene Preissteigerungen zu beobachten. So wurden die Preise für Kupferblechfabrikate und Kupferrohmaterialien heraufgesetzt und ebenso wurden die Preise für Elektroinstallationsgegenstände um 5 Proz. erhöht. Eine Hochkonjunktur herrschte im Textilgroßhandel. Das Herbst- und Wintergeschäft hat sich trotz der Unsicherheit der Rohstoffmärkte und der schlechten Geldlage des gewerblichen Mittelstandes und der Landwirtschaft befriedigend entwickelt. Viel dazu beigetragen hat die gesteigerte Kaufkraft der Beamten infolge der Besoldungserhöhung.

Danksagung
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an unserem schweren Verlust sprechen wir unseren innigsten Dank aus.
Frau Ottilie Bender geb. König
Margarete Bender
Elsa Bender
Friedrich Bender
Mannheim, den 22. Oktober 1927
Wespstraße 6
G. 800

Bei Familien-Anzeigen
der badischen Beamtschaft bietet die
Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
die beste Gewähr für weite Verbreitung der Anzeige in Beamten- und Regierungskreisen

Badisches Landestheater
Montag, den 24. Oktober 1927
Th.-Gem. 401-500 und 601-700
2. Sinfonie-Konzert
des Badischen Landestheater-Orchesters
Leitung: Josef Krips
Solist: Alfred Goehn
1. Sinfonie Nr. 13 (G-dur) Haydn
2. Klavierkonzert (zum erstenmal) Hindemith
3. V. Sinfonie (c-moll) Beethoven
Anfang 8 Uhr Ende gegen 10 Uhr
I. Rang und I. Sperritz 4 Mk.

Den Kleinverkauf von Kohlen betreffend.
Wir haben Veranlassung, erneut darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Bekanntmachung des Stadtrates hier vom 18. September 1916 die Kohlenhändler, welche Kohlen oder Holz in Säcken oder in Körben zum Verkauf bringen, verpflichtet sind, auf den Kohlen- oder Holzwagen eine Waage mitzuführen, damit die Käufer in der Lage sind, das Gewicht der Lieferung nachzuprüfen.
Zulieferungen werden bestraft.
Karlsruhe, den 18. Oktober 1927. D. 3. 123
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

Bruch-Heilung
Hermes H. L. Meyer
von Behörden bestätigt!
ohne Operation, ohne Berufsstörung!
Dem „Hermes“, ärztlichen Institut für orthopädische Bruchbehandlung, Hamburg, bestätige ich, daß mein Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. Ich kann jetzt jede Arbeit ohne Beschwerden verrichten, auch kann ich große Spaziergänge machen, empfehle den Herrn Doktor wo ich kann und überall ist der Erfolg gut und sage Ihnen meinen herzlichsten Dank. Auguste Grether, Freiburg i. Br., 6. April 1927.
Mein linksseitiger Keilbruch, der hüftnereigroß vorgewölbt war, ist durch Ihre Behandlung geheilt, ich gehe ohne Band. Frau Max Furtwängler, Oberstmonswald.
Über 100 amtlich beglaubigte Zeugnisse Geheilter liegen vor der Sprechstunde aus.
Sprechstunde unseres approbierten, speziell ausgebildeten Vertrauensarztes in:
Karlsruhe: Dienstag, den 25. Oktober, vormittags von 9-1 Uhr, und nachmittags von 2-7 Uhr, Hotel Lux.
Hamburg: wochentags von 10-12 Uhr vormittags und von 4-6 Uhr nachmittags im Institut, Eiplanade 6, außer Sonnabends nachmittags.
Ältestes und größtes ärztliches Institut dieser Art.
„Hermes“ G. 779
Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung, G. m. b. H. Hamburg, Eiplanade 6. [Dr. G. L. Meyer.]

Bekämpfung der Maul- und Klauen-seuche.
Nachdem unter dem Schweinebestand des Josef Amel, hier, Plankestraße 9, Maul- und Klauenseuche festgestellt worden ist, wird hiermit folgende Anordnung getroffen:
Das Seuchengebiet bildet einen Sperrbezirk mit den aus §§ 161 ff. der Ausführungsbestimmungen zum Viehseuchengesetz sich ergebenden Wirkungen. G. 780
Karlsruhe, den 20. Oktober 1927. D. 3. 126
Badisches Bezirksamt — Polizeidirektion.

Möbel
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
und Küchen
kaufen Sie sehr billig bei
Karl Thome & Co.
Möbelhaus — Karlsruhe
Herrenstraße 2
gegenüber der Reichsbank
Franko-Lieferung
Streng reelle Bedienung
Glänzende Anerkennungen
Zahlungserleichterung
Mitglied des Ratenkaufbankmensd. Bad. Beamtenbank

Korbmöbel
„Morocco“ ab
Fabrik an jedem
Günstige Preise,
bequeme, haltbare
Verl. Sie Katalog
Bühnenmöbel „Morocco“
Lorch (Wurltemberg)
Eisen-Betten
Stahlmatt, Kinderbetten
günstig an Private. Kat. frei
Eisenmöbelwerk Suhl (Thür.)
Leser Bücher
Wissen ist Macht!

TH. und O. HESSIG
Telephon 105 Karlsruhe i. B. Hirschstr. 40
G. 768 Gegründet 1878
Beton- und Eisenbeton-Hoch- und Tiefbau
Asphaltierungen
Neuzeitlicher Straßenbau
Spezialität: Solidität-Betonstraßen D. R. P.

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit
2. 783. Karlsruhe. Über das Vermögen der Gesellschaft Bürgerl. Rechts Erhard & Neule, Holzwarenfabrik in Karlsruhe, Bachstraße 46, Gesellschafter Friedrich Neule und Karl Erhard, Kaufleute in Karlsruhe, wurde heute nachmittags 4 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde der beidseitig Bittcreditor F. W. Böner, hier, Leopoldstr. 20, bestellt. Den Kaufleuten Erhard u. Neule wurde allgemein verboten, über Vermögensgegenstände der Gesellschaft und über ihr Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde auf Dienstag, 15. Nov. 1927, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Ademiestr. 6, 3. Stod. Zimmer 246, bestimmt. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts A III zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt.
Karlsruhe, 19. Okt. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. III.

Schwögingen. 2. 781
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 480:
Baumgartner Richard, Schuhmachermeister in Schwögingen und Käthe geb. Ruf. Vertrag vom 18. August 1927 — Gütertrennung —
Schwögingen, 20. 10. 27.
Badisches Amtsgericht I.

Jagdverpachtung
des Forstamts Waldkirch i. Br.
am Samstag, den 5. November früh 10 Uhr auf dem Forstamt. Zur Verpachtung kommt die domänenrechtliche Jagd im Randeckwald (Güterbach) auf Gemarkung Untere-

monswald mit 619 ha Wald und 40 ha landw. Gelände auf 6 Jahre. Die Bedingungen liegen beim Forstamt zur Einsicht auf.

Badisches Landestheater
Sonntag, 23. Oktober 1927
Nachmittags
1. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige
Fra Diavolo
von Auber
Musikalische Leitung: Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von Otto Krauß

Fra Diavolo
Lord Bogel
Camela Bogel
Lorenzo Weiner
Matteo Laufkötter
Berline Löfer
Giacomo Dr. Wuderpennig Schneider
Beppo Rainbach
Dragoner Burm
Müller Gröbinger
Tanz einstudiert von Edith Bielsfeld
Anfang 3 Ende gegen 5 1/2
I. Rang und I. Sperritz 4 Mk.

Boris Godunow
von Musorgski
Musikalische Leitung: Josef Krips
In Szene gesetzt von Otto Krauß
Boris Schuster
Feodor Klant
Kenia Seiberlich
Amme Weiner
Schwiskij Witt
Schischkalow Weyrauch
Rimen Dr. Bucherpfennig
Dimitri Straß
Marina von Hartung
Barlaam Vogel
Mikhail Laufkötter
Schenkwinin Straß
Wöbfinniger Rennio
Nikitisch Frey
Hauptmann Löfer
Leibbojar Rainbach
Chruschikow Siegfried
Lomikha Weyrauch
Tichernjakowstki Böfer
Bauerndweiber Seiberlich
Bauern Hermsdorf
Anfang 7 Ende 10
I. Rang und I. Sperritz 8 Mk.

Im Stadt. Konzerthaus
Sonntag, 23. Oktober 1927
Zum erstenmal
Spiel im Schloß
von Molnar
In Szene gesetzt von Eugen Schulz-Weiden
Korh von der Trend
Mansky Brand
Adam Leitgeb
Annie Biller
Almady Höder
Sekretär Gemmede
Lakai Prüiter
Anfang 7 1/2, Ende gegen 10
I. Parquet 4, 20 Mk